

ster Oberländer, der auf Grund des Urteils des Obersten Gerichts seine Entpflichtung einreichen mußte, ich denke an den Staatssekretär Adenauers, Globke, der im vergangenen Jahr vom Obersten Gericht verurteilt worden ist.

Die Zahl der durch die Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik verurteilten Nazi- und Kriegsverbrecher ist weit mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der in Westdeutschland verurteilten. Darüber hinaus muß man noch zwei weitere Fakten berücksichtigen: einmal, daß sich fast der gesamte Führungsstab der NSDAP, des Reichssicherheitshauptamtes und der zentralen staatlichen Organe vor oder unmittelbar nach dem 8. Mai 1945 nach Westdeutschland abgesetzt hat, und zum anderen, daß die Justizorgane des westdeutschen Staates die Kriegs- und Nazi verbrechen zum Teil als Kavaliersdelikte behandelten und sogar nur mit Geldstrafen ahndeten.

Auf dem 7. Kongreß der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen vom 14. Oktober 1960 in Sofia war von den Delegierten aus 48 Ländern einstimmig der Beschluß angenommen worden, durch namhafte Juristen in allen Ländern Europas den Prozeß der Faschisierung und Militarisierung des Bonner Staates und die damit zusammenhängende Rehabilitierung und Wiederverwendung der ehemaligen Blutrichter Hitlers zu untersuchen. Erst nach dieser bedeutsamen Konferenz wurde — unter dem Druck der gesamten Weltöffentlichkeit also — mit der Einleitung einiger Verfahren gegen Kriegs- und Nazi Verbrecher in Westdeutschland begonnen.

Wenn heute angeblich noch 800 Prozesse anhängig sind, dann ist das mit ein Beweis dafür, daß die Verfolgung der Kriegs- und Nazi verbrechen unmittelbar nach 1945 nicht durchgeführt worden ist.

Die offizielle westdeutsche Propaganda will die Durchführung des Auschwitz-Prozesses — der Prozeß läuft seit Ende vorigen Jahres vor dem Frankfurter Schwurgericht gegen 22 ehemalige SS-Angehörige — als Beweis für den ernsthaften Willen zur Bewältigung der Vergangenheit ausgeben. Nun, die Durchführung dieses Prozesses ist keineswegs auf die Initiative der westdeutschen Regierung oder der Bonner Justizorgane zurückzuführen, sondern auf die Enthüllungen aus der Deutschen Demokratischen Republik über die Durchsetzung des westdeutschen Staates mit schwerbelasteten Nazis, die Empörung der Öffentlichkeit über die vielen ungesühnten Kriegsverbrechen und nicht zuletzt auf die wachsende Unruhe der internationalen Öffent-